

Bringen Quoten die Chancengleichheit?



Theresa G. Hensch,
Gemeinderätin FDP
in Zürich

Gegen Quoten: Keine Abkürzung, sondern ein Irrweg

Gegen das Endziel der Quoten-Initiative kann sich niemand in guten Treuen wenden, schon gar keine Frau: Noch sind wir in vielen Bereichen teils weit, teils weniger weit von der Gleichstellung der Geschlechter entfernt. Aus dieser ersten Feststellung nun abzuleiten, die Einführung von festen Quoten für Bundesbehörden und -parlament sei folglich zu unterstützen, ist falsch. Bekanntlich heiligt der Zweck nicht jedes Mittel. Es gibt meines Erachtens drei wichtige Gründe, weshalb die Quoten-Initiative – so gut sie gemeint ist – gerade auch von Frauen nicht unterstützt werden soll:

1. Hinter der Initiative steht ein autoritäres und doktrinäres **Staatsverständnis**: Das Begehren hält die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (und wir wissen, dass es eine weibliche Mehrheit ist) für zu dumm, um richtig zu wählen, weshalb die Quoten das Ergebnis geradebiegen müssen. Für mich als bürgerliche Politikerin ist schon dieser Ansatz inakzeptabel, ganz abgesehen davon, dass die politische Geschichte unseres Landes immer wieder gezeigt hat, dass die gesellschaftlichen Prozesse die Ge-

setzgebung in Gang setzen und es umgekehrt eben nicht funktioniert.

2. Wie bereits angetönt, hätten es die Frauen rein zahlenmässig in der Hand, auf allen Ebenen nicht nur Gleichstand, sondern sogar Frauenmehrheiten durchzusetzen. Daraus muss geschlossen werden, dass es eben der Wille auch einer Mehrheit der Frauen ist, mehr Männer als Frauen zu wählen. Ich persönlich finde das falsch, aber als Liberale kann ich nicht akzeptieren, dass der Staat diesen Entscheid durch Manipulation der demokratischen Spielregeln «korrigieren» soll. Man kann es auch anders formulieren: Wenn das **Bewusstsein** einer Mehrheit der Frauen noch nicht so weit ist, dass sie unter anderem auch nach Geschlechterkriterien wählen, so kann dies nicht einfach verordnet werden.

3. Eine Quotenregelung jedoch, die unabhängig vom Bewusstsein und der gesellschaftlichen Befindlichkeit durchgesetzt wird, degradiert mich als Parlamentarierin zur **«Quotenfrau»**. Frauen haben es auf der politischen Bühne – wie auch anderswo – nicht gerade besonders leicht. Ihnen zusätzlich noch dieses diskriminierende Etikett anhängen zu können, fehlte gerade noch. Man komme mir nicht damit, dass es auch anderswo Quoten gebe. Ich persönlich halte sämtliche Quoten für grundsätzlich falsch, weil sie die Auswahl der bestgeeigneten Person für ein Amt zusätzlich erschweren. Ich bin deshalb dagegen, neue Quoten einzuführen, und sogar dafür, solche abzuschaffen, es sei denn, sie seien für den Schutz von Minderheiten unabdingbar.

Es bleibt also dabei, dass es keine elegante «Abkürzung» zur effektiven politischen Gleichstellung der Geschlechter in Form einer Quotenregelung geben darf. Aber aufgeben gilt nicht. Mit beharrlicher politischer Arbeit, der Vorbildwirkung engagierter Frauen und mit der Bildungsarbeit, wie sie die Zürcher Frauenzentrale meines Erachtens sehr erfolgreich betreibt, erreichen wir unser Ziel langsamer, aber nachhaltig.

Theresa G. Hensch



Dr. Rose-Marie Umbricht,
CVP, Vorstand im Verein
Quoten-Initiative

Ja zur Quoten-Initiative

Die Initiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden», auch «3.-März-Initiative» genannt, wurde von diversen Frauenkreisen lanciert als Reaktion auf die Nichtwahl der offiziellen Bundesrats-Kandidatin der SPS, Christiane Brunner, am 3. März 1993.

Würdigung der Initiative

Es ist eine Tatsache, dass die Frauen im Parlament, in der Verwaltung, an den Hochschulen und besonders in der Wirtschaft krass untervertreten sind. So sind nur knapp ein Viertel der eidgenössischen Parlamentarier Frauen. Hier möchte die Quoten-Initiative Abhilfe schaffen und für eine tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann sorgen, wie dies Art. 8 Abs. 3 der neuen Bundesverfassung auch verlangt.

Fünf Jahre nach Einreichen dieses Volksbegehrens ist die Forderung nach einer besseren Frauenvertretung in den Bundesbehörden immer noch aktuell, denn sollte der Frauen-